

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Lenz, Pfeffermann, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Dr. Franz, Roser, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und der Fraktion der CDU/CSU

betr. Brennstoffkreislauf, friedliche Nutzung der Kernenergie

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Natururanversorgung der Bundesrepublik Deutschland

- a) Welche Versorgungsmöglichkeiten der Bundesrepublik ergeben sich?
- b) Welches sind die finanziellen, technischen und politischen Schwierigkeiten?
- c) Welche technischen Verfahren müssen entwickelt werden zur Urangewinnung aus inländischen Lagerstätten, aus Meerwasser oder aus Erzen mit niedrigem Urangehalt?
- d) Welche Zeitvorstellungen bestehen für die zu ergreifenden Maßnahmen?
- e) Wie beurteilt die Bundesregierung die Verfügbarkeit des Urans und die Ressourcen?
- f) Welche Mittel hat die Bundesregierung bisher für die Bereitstellung von Uran aus inländischen und ausländischen Quellen zur Verfügung gestellt, differenziert nach direkten Zuwendungen, Bürgschaften, Zinszuschüssen und im Erfolgsfalle rückzahlbare Darlehen?
- g) Welche konkreten Projekte unterstützt die Bundesregierung bisher für die Urangewinnung aus inländischen Lagerstätten und aus Erzen mit niedrigem Urangehalt?

2. Angereichertes Uran

- a) Welche Mengen an angereichertem Uran werden aufgrund der erwarteten Kernkraftwerkskapazität benötigt?
- b) Wer soll das angereicherte Uran zur Verfügung stellen, um den erwarteten Bedarf zu decken?
- c) Welche Maßnahmen sind im europäischen Bereich in die Wege geleitet worden, um eigenständige Urananreicherungsanlagen zu haben, und welche zeitlichen Vorstellungen existieren?
- d) In welchem Umfang wird der Bedarf von angereichertem Uran in der Bundesrepublik Deutschland durch Plutonium-

Rückführung, Wiederaufarbeitung und Entwicklung fortgeschrittener Reaktorsysteme beeinflusst?

- e) Welche konkreten Forschungsprojekte hat die Bundesregierung bisher im Bereich der Anreicherung von Uran unterstützt, welche Verpflichtungen ist sie für die kommenden Jahre auf diesem Gebiet schon eingegangen?

3. Brennelementherstellung

- a) Welche Kapazitäten müssen errichtet werden, um die notwendigen Brennelemente für die geplante Kernkraftwerkskapazität zu haben?
- b) In welchem Umfang werden Uran, Plutonium und Thorium bei der Brennelementherstellung benötigt, und sind hier gegebenenfalls Variationen für den Einsatz dieser Brennstoffe in den verschiedenen Kernkraftwerkstypen möglich?
- c) In welchem Umfang findet eine Gleichbehandlung der Brennelementhersteller innerhalb der Europäischen Gemeinschaft beim Bau von Fabriken für Brennelementherstellung statt, was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um evtl. Diskriminierungen abzubauen?
- d) Welche technischen Verbesserungen sind in absehbarer Zeit bei der Brennelementherstellung noch möglich, um Kostensenkungen zu erreichen?

4. Kernkraftwerke

- a) Welche Reaktorlinien sollen verfolgt werden unter Berücksichtigung des Bedarfs an Uran, Plutonium und Thorium sowie einer möglichst einfachen Beherrschung des Brennstoffkreislaufs und der Minimierung von Umweltschädigungen?
- b) Welche Standorte für Kernkraftwerke kommen in Frage, was ist bisher zur Standortvorsorge getan worden, und sind gegebenenfalls Energieparks auch im Meer zu errichten?
- c) Ist das Standortpotential für Energieerzeugungsanlagen der Bundesrepublik Deutschland schon erforscht?
- d) In welchem Umfang können die Kernkraftwerke außer zur Elektrizitätserzeugung auch zur Wärmebereitstellung beitragen?
- e) Was geschieht mit abgebrannten Brennelementen der Kernkraftwerke, wenn die Wiederaufarbeitungsanlage nicht betriebsbereit ist und die Lagerbecken bei der Wiederaufarbeitungsanlage nicht ausreichen?
- f) Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz der Kernkraftwerke des Typs Leichtwasserreaktor, Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter unter dem Aspekt der gegenwärtigen gültigen Vorschriften Reaktorsicherheit?
- g) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Einsatz des Kugelhaufenreaktors sowohl zur Elektrizitätserzeugung als auch zur nuklearen Prozeßwärme zu, und welche Implikationen ergeben sich aus einem möglichen Einsatz dieses Reaktors in der Bundesrepublik Deutschland für den Brennstoffkreislauf?

5. *Transport von Brennelementen*

- a) Wie hoch ist der Transportbedarf für abgebrannte Brennelemente und die Abhängigkeit von den voraussichtlichen Standorten der Kernkraftwerke?
- b) Auf welchen Transportwegen sollen die Brennelemente unter dem Aspekt der Sicherheit des Transports befördert werden, und welche Maßnahmen sind zu ergreifen, damit dies beim Einsatz der gesamten geplanten Reaktorkapazität auch möglich ist?
- c) Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheit des Transports von radioaktivem Material in der Bundesrepublik Deutschland, und gedenkt sie gegebenenfalls Änderungen bei Vorschriften und Überwachungsbehörden herbeizuführen?

6. *Wiederaufarbeitung*

- a) Was wird unternommen, damit die geplante Wiederaufarbeitungsanlage die notwendige Kapazität hat zur Aufnahme der abgebrannten Brennelemente aus der installierten Kernreaktorkapazität in der Bundesrepublik Deutschland?
- b) Welche zeitlichen Vorstellungen existieren für die Inbetriebnahme der Wiederaufarbeitungsanlage, welche Emissionswerte für die Abgabe radioaktiver Stoffe an die Umwelt werden für zulässig erachtet, und was ist veranlaßt worden, damit mit dem Bau der Anlage begonnen werden kann?
- c) Wann müssen die Maßnahmen für den Bau weiterer Wiederaufarbeitungsanlagen in die Wege geleitet werden, und hat sich die Bundesregierung um die Standortsicherung dieser Anlagen bemüht?
- d) Was wird unternommen, um durch verstärkte Forschung und Entwicklung die Wiederaufarbeitungsanlagen zu verbessern und radioaktive Abfälle weiter zu verwenden?
- e) Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Rückführung von Uran und Plutonium in den Brennstoffkreislauf aus Wiederaufarbeitungsanlagen heraus?
- f) Welche Abgaben an radioaktiven Gasen und Stoffen erwartet die Bundesregierung aus der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage für die Umgebung?
- g) In welchem Umfange hat der Staat bisher die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Bereiche des Brennstoffkreislaufs unter besonderer Berücksichtigung der Wiederaufarbeitung unterstützt, und was gedenkt er in Zukunft zu unternehmen?

7. *Endlagerung*

- a) Welche Mengen an radioaktiven Abfällen (Brennelement-Abfälle und Betriebs-Abfälle) kerntechnischer Anlagen werden bis zum Jahre 2000 erwartet?

- b) Reichen die geplanten Lagerstätten aus, und was wird zu ihrer Sicherung unternommen?

8. Allgemeine Transportprobleme

- a) Welche Transportmengen werden für den gesamten Brennstoffkreislauf bis zum Jahre 2000 erwartet, und was wird unternommen, um diese Transportprobleme zu bewältigen?
- b) Wie beurteilt die Bundesregierung die Bewältigung der Transporte im Brennstoffkreislauf unter Berücksichtigung der Sicherheit einzelner Transportwege (Bahn, Wasserwege, Straßen)?

9. Spaltstoffflußkontrolle

- a) In welchem Umfange wird die Spaltstoffflußkontrolle durch die Expansion der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt, wer ist dafür zuständig, und wie wirkt sich insbesondere das Verifikationsabkommen aus?
- b) Welche Kosten entstehen aufgrund der Spaltstoffflußkontrolle im Rahmen des Verifikationsabkommens in der Bundesrepublik Deutschland, und wie werden diese Kosten verteilt?

10. Allgemeine Probleme des Brennstoffkreislaufs

- a) Welche Forderungen ergeben sich aus den Lösungsansätzen für die Bewältigung der Probleme des Brennstoffkreislaufs im Hinblick auf die zu verfolgenden Reaktoren und damit auch für die Brennelementherstellung und Brennelementabbau?
- b) Hat der Einsatz des Schnellen Brütters in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahrhundert noch einen wesentlichen Einfluß auf den Brennstoffkreislauf?
- c) Wie beurteilt die Bundesregierung die Risiken der Abgabe von radioaktiven Materialien aus dem Brennstoffkreislauf an die Umwelt, und welchen Einfluß hat dies auf die Gesundheit der Bevölkerung?
- d) Was wird unternommen zum Objektschutz und zur Kontrolle der radioaktiven Stoffe in allen Schritten des Brennstoffkreislaufs?

Bonn, den 17. August 1976

Lenzer

Pfeffermann

Pfeifer

Benz

Engelsberger

Dr. Franz

Roser

Dr. Freiherr Spies von Büllenheim

Dr. Stavenhagen

Frau Dr. Walz

Carstens, Stücklen und Fraktion

Begründung

Nach dem Energieprogramm der Bundesregierung sind bis 1985 45 000 MW installierte Kernkraftwerksleistung geplant. Der Betrieb der errichteten Kernreaktoren hängt davon ab, ob auch die notwendige Infrastruktur im Bereich des Brennstoffkreislaufs vorhanden ist. Hierbei ist es erforderlich, daß sowohl bei der Versorgung der Kernkraftwerke mit Uran als bei der Entsorgung der radioaktiven Abfälle mit der notwendigen Sorgfalt der gesamte Brennstoffkreislauf beherrscht wird. Aufgrund von Versäumnissen der Bundesregierung zeichnet sich schon jetzt ab, daß bei Beibehaltung der geplanten Aktivitäten im Brennstoffkreislauf ein erheblicher Engpaß Anfang der achtziger Jahre auftritt. Es besteht die Möglichkeit, daß errichtete Kernkraftwerke nicht voll in Betrieb gehen, weil die Probleme des Brennstoffkreislaufs nicht gelöst sind.

Im Bereich des Natururans wird der voraussichtlich akkumulierte Bedarf bis 1985 von ca. 68 000 t zur Zeit nur zu einem Drittel durch Verträge gedeckt. Beim angereicherten Uran ist die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit auf Lieferungen aus den USA und der UdSSR angewiesen. Selbst bei Beibehaltung der voraussichtlichen amerikanischen und russischen Lieferungen reichen die geplanten europäischen Anlagen nicht aus, den Bedarf bis 1985 in Westeuropa zu decken.

Gravierende Probleme tauchen auf bei der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente. Selbst wenn es gelingen sollte, eine deutsche Anlage von 1500 Jahrestonnen bis 1983 in Betrieb zu nehmen, kann diese Anlage nur die dann anfallende zusätzliche Menge an radioaktivem Abfall aufarbeiten. Es muß schon bald mit dem Bau einer zweiten Wiederaufarbeitungsanlage begonnen werden, um die voraussichtlichen Mengen an radioaktivem Material aus den geplanten Kernkraftwerken zu verarbeiten. Der Bau dieser Anlagen wird aber aus den verschiedenartigsten Gründen zur Zeit verzögert. Bei der Endlagerung von radioaktivem Material sind zwar gewisse Fortschritte zu verzeichnen, doch sind bei hochaktiven Abfällen noch verschiedene Probleme ungeklärt.

Es ist unbedingt an der Zeit, eine koordinierte Aktion zur Beherrschung des Brennstoffkreislaufs durchzuführen. Es geht nicht an, daß man nur Kernkraftwerke plant, ohne gleichzeitig mit der genügenden Sorgfalt die Versorgung mit Kernbrennstoffen zu berücksichtigen. Da die Probleme des Brennstoffkreislaufs eindeutig von der Bundesregierung bearbeitet werden, soll die Bundesregierung deshalb aufgrund des Antrages Gelegenheit haben, ihre verschiedensten Auffassungen hierzu in systematischer Form darzustellen.

Gerade wer sich für die friedliche Nutzung der Kernenergie einsetzt, muß darauf achten, daß die Probleme des Brennstoffkreislaufs frühzeitig beherrscht werden.

Die vorliegende Kleine Anfrage ist als Ergänzung zu sehen zum Antrag der CDU/CSU auf Drucksache 7/3827. Dieser Antrag kann wegen Beendigung der 7. Wahlperiode nicht mehr in allen parlamentarischen Gremien behandelt werden. Die Bundesregierung soll Gelegenheit haben, zu dem so wichtigen Bereich des Brennstoffkreislaufs Stellung zu beziehen.